wilhelminisches Zyrnichband, einen Ludendorffschen Brief davor und hundert sinnesvergoldete Kulis hängen ihnen den „Helden"-Mantel um. Der Mordsadismus kann jeden beliebigen französisch-anamitischen Notzüchter direkt zur Konkurrenz in Verkommenheit herausfordern, irgendein „Rechts"-anwalt wird ihn schon in edelste Gesinnung umlügen. Der Wucher, der Staatsbetrug und die wirtschaftverwüstende Gewissenlosigkeit können jeden beliebigen Grad von Verbrecherhaftigkeit erreichen — eine Handelskammer, ein Professor der Nationalökonomie oder ein Preßgewinnler wird ihm seine Ehrenhaftigkeit, ja seine nationale Notwendigkeit dienstfertigst vor ahnungslosen Richtern und schläfriger Oeffentlichkeit bezeugen.

Es gibt Völker, die kein andres Leben als dieses kannten durch Jahrzehnte hindurch. Mexiko hat dergleichen erlebt. Kalifornien ist so gegründet worden. Mit weit mehr unverwüstlicher Leidenschaft ist dort Anarchie praktiziert worden als in Deutschland. Alles war hier wache. Wer wacht eigentlich hier noch? Ganz wach ist das Kapital, die G. m. b. H. der Bandlten, die Front an der Ruhr und ein Teil des Proletariats. Sonst schläft Deutschland, von ein paar Ministern und einigen Journalisten abgesehen, die täglich fast Leib und Leben mit ohnmächtigen Protesten riskieren. Dabei ist nichts Geheimnis. Hunderttausende, alle Leute von Einfluß: vom Kanzler bis zum Reichsgerichtsrat, vom Bankdirektor bis zum Abgeordneten in Rudolstadt, vom Redakteur in Pirna bis zum Stadtverordneten in Peine — sie wissen alles! Niemand außer jungen Lyrikerinnen, erklärten Dummköpfen, abgearbeiteten Schwerarbeitern, verhärmten Hausfrauen und einigen geborenen Stoikern und Luxusdirnen redet sich mit Erfolg auf Unkenntnis heraus. Den Kopf im Sande, erklärt das Bürgertum auf eine physiologisch nicht zu bestimmende und zu erklärende Art, an allem sei der Dolchstoß, das Judentum oder der Bolschewismus schuld und an deutschem Wesen werde die Welt genesen, der passive Widerstand sei der Anfang dazu, das Bürgertum habe im übrigen sein „Ruhr-Opfer" bar bezahlt und bezahle Cuno noch barer dafür, daß er es schlafen lasse. Die Sozialdemokratie betrachtet das Geschehende anscheinend als eine Art bösen Traum, der sie plagt. Ab und zu sucht sie das Gespinst mit einer ziellosen Armbewegung abzutun, hofft nebenbei auf den Selbstschutz oder ergießt ihre Energie in die Untersuchung des Markzusammenbruchs und einzelne Gesetzgebungen. Man weiß nicht, ob Führung und Massen den Sinn der Stunde begriffen haben.

Und er ist doch mit Händen zu greifen: Verwesung. Da Völker an Krankheiten nicht sterben, ist es eine Verwesung bei lebendigem Leibe. Wer noch auf dem Meere sich dem Lande nähert, muß schon den Gestank wittern, der sich darüber lagert. Es gibt einige Auswege: Ein neuer Krieg, und sei es der Bürgerkrieg, ist der wahrscheinlichste; leider weiß niemand, bis wohin wir dann sinken, und die Aussicht, zu steigen, ist 15 Prozent. Eine solenne Türkisierung, eine längere Periode unter dem Kuratel Frankreichs oder der Entente, ist nicht unmöglich; da die „aktive Widerstands"-Spielerei kindisch und der passive Widerstand eines ganzen Volkes auf die Dauer in sich kaum möglich erscheint, würde niemand solches Schicksal hindern können; die Türkisierung wird übrigens der Verwesung nur an wenigen Punkten beikommen: mit dem Feuer des Zwangs und dem Eisen der Daumenschraube. Eine reaktionäre Diktatur nach kurzem Bürgerkrieg ist das Ideal verbrecherischer Idioten; sie würde an der Arbeiterschaft und an ausländischem Militär nach kurzem scheitern und höchstens auf dem irrsinnigen Umweg des erbrachten, endlich erbrachten, unter Blut- und Wertopfern unabsehbaren Ausmaßes erbrachten Beweises des Wahnhaften solcher Lösung einige Besserung erzielen. Eine ganz wache, täglich Gericht haltende, alles wagende Politik des Proletariats ist der einzige Ausweg, den man mit einem Rest ersterbender Hoffnung noch sieht, und eine Mahnung in dieser Richtung wendet sich weniger an die Sozialdemokratie Sachsens als an die des Reiches. In Grötzschs Aufsatz „Parlament und Volk" standen Worte, die aufhorchen ließen. Als die sozialdemokratisch-kommunistische Koalition in Sachsen noch einmal zustande kam, als die K. P. D. von ihren Mitgliedern wieder in die sozialistische Front gedrängt wurde, durfte man aufhorchen. Wenn unsre Mitgliedschaften, wie zu hoffen, die Abhaltung des Parteitages in diesem Jahr erzwingen werden, wird man aufhorchen dürfen. Und wenn der Wahlkampf zum neuen Reichstags entbrennt, wird man . . .

Wenn! Es ist Unsinn, von der letzten Stunde zu reden. Ein Volkskörper verträgt Giftmengen, die das Weltmeer in eine bakteriologische Konzentrationslösung verwandeln würden, und scheidet sie auch wohl wieder aus. Doch bis dahin vergehen Millionen in Wahnsinn und Todkrankheit, und Hunderttausende fallen auf den glitschrigen Schanzen im sinnlosesten, unfruchtbarsten Kampf. Auf uns, als dem sehenden, noch unvergifteten Teile des Deutschtums, liegt die Verantwortung, zu retten, was zu retten ist. gn.

Steuerschutz für die Agrarier

Die Landwirtschaft bezahlt die Vermögenssteuer und die Zwangsanleihe nach dem Werte ihres Grund und Bodens, der durch das Geldentwertungsgesetz auf das 40fache (!) des Vorkriegswertes angesetzt worden ist. Da diese Zahlung der Steuer frühestens im April erfolgt, als auch der geringwertigste Bauernhof das Tausendfache seines Vorkriegswertes hatte, so ist die steuerliche Belastung der Landwirtschaft durch die Besitzsteuern lächerlich niedrig und nur ein Bruchteil ihrer ebenfalls sehr niedrigen Steuerlasten im Frieden.

Daß es mit der Einkommensteuer ähnlich so ist, dafür sorgen neben den Bestimmungen des Gesetzes die Ausführungsbestimmungen des Reichsfinanzministers. Am 20. Dezember 1922 erließ er eine Verordnung an die Landesfinanzämter, daß für landwirtschaftliche Betriebe Durchschnittserträge sowohl für die Umsatz- als auch für die Einkommensteuer unter Hinzuziehung der landwirtschaftlichen Organisationen festzusetzen seien. Diese Verordnung bot die beste Gelegenheit, dafür zu sorgen, daß kein steuerpflichtiger Ertrag, sondern nur ein steuerfreier Verlust ermittelt wird. Die Wirkungen dieser Anordnung hat kürzlich der sozialdemokratische Abgeordnete Lux sehr anschaulich im hessischen Landtag geschildert. Da Lux selbst Landwirt und Mitglied des Steuerausschusses ist, so verdienen seine Feststellungen besondere Beachtung.

Im Januar 1923 wurden die Durchschnittserträge durch das Landesfinanzamt Darmstadt in Gemeinschaft mit der Landwirtschaftskammer, dem Reformbund der Gutshöfe und dem Hessischen Bauernbund festgestellt. Danach wurden die einzelnen Güter in sechs Klassen und sechs Unterklassen eingeteilt und Durchschnittserträge für die Einkommensteuer mit 4500 M. pro Morgen zugrunde gelegt. Von diesen Erträgen ist jedoch noch die Pacht, der Lohn und die mit 7700 M. für den abgelieferten Zentner bewertete Getreideumlage abzugsfähig. Auf diese Weise wird für fast alle Betriebe von 300 bis 1210 Morgen Größe eine Unterbilanz errechnet, so daß keine Einkommensteuer zu zahlen ist. Nur die beiden kleinsten Größenklassen haben ein steuerpflichtiges Einkommen. Da aber ein solcher Besitzer mit 70 Morgen nur 7500 M. Einkommensteuer zu zahlen hat, so zahlt er fast nicht mehr als sein Gänsejunge, der 7200 M. zahlen mußte und weniger als sein Arbeiter, dem 8000 Mark abgezogen wurden. Dieses schreiende Unrecht ist durch das Geldentwertungsgesetz nicht beseitigt worden. Die nach dem Geldentwertungsgesetz zulässigen Abschreibungen, die nur mit 10 Prozent versteuert zu werden brauchen, sind nämlich so hoch, daß in der Regel überhaupt kein andrer Steuersatz als 10 Prozent in Frage kommt. Nimmt man also beispielsweise einen Bauern mit 300 Morgen Land und einen sehr gut bezahlten Festbesoldeten, die beide 1922 2 Millionen Mark Einkommen gehabt haben, so hatte der Festbesoldete 510 000 M. Einkommensteuer zu zahlen, der Landwirt aber nur 200 000 M.

Wann wird endlich dieser Steuerskandal, der nur dem Auslande Waffen gegen Deutschland liefert, beseitigt werden?

Der abgelehnte Etat

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung wurden sämtliche entscheidenden Steuervorlagen mit den Stimmen der Kommunisten, der Deutschnationalen, der Volkspartei und eines Teiles der Demokraten abgelehnt. In der darauf folgenden Gesamtabstimmung wurde der Etat für 1923, gegen die Stimmen des Zentrums und einiger Demokraten, sowohl von den Rechts- wie von den Linksparteien verworfen.

•

Der Vorwärts bemerkt zu der Etatablehnung u. a.:

Zum erstenmal ist in der Berliner Stadtverordnetenversammlung gestern der Etat der Gemeinde abgelehnt worden. Bei der Abstimmung über die Anwendung der Geldentwertungsklausel auf die bisher noch nicht nach gleitenden Tarifen festgelegten Steuern unterlagen die Rechtsparteien einer aus Kommunisten, Sozialdemokraten, Zentrum und einigen Demokraten bestehenden Mehrheit. Diese Niederlage in einer Frage, die doch in ganz kurzer Zeit im Sinne dieses Mehrheitsbeschlusses gelöst werden muß, veranlaßte sie bei der folgenden Abstimmung gegen alle Steuervorlagen, insbesondere gegen Gewerbe-, Betriebs- und Lohnsummensteuer zu stimmen, wodurch der Etat vollständig hinfällig wurde. Bei ihrem Kampfe gegen ein gerechtes Steuersystem, das immer mehr zu einer unvermeidlichen Notwendigkeit geworden ist, und das angesichts des ungeheuerlichen, bisher immer an der Geldentwertung verübten Steuerbetrugs die Forderung des Tages ist, erhielten sie die erwünschte und ersehnte Unterstützung wie gewöhnlich und wie zu erwarten, bei den Kommunisten!

Daß die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen, die immer noch nicht begriffen haben, daß die besitzenden Kreise in Deutschland auch einmal Opfer bringen müssen, gleitende Steuern auf den Besitz auf Tod und Leben bekämpfen, das nimmt nicht wunder. Den Kommunisten blieb es vorbehalten, der Steuerdrückebergerei der beiden Rechtsparteien zum Siege zu verhelfen. Sie, die sich nicht genug damit brüsten können, daß sie durch die Aufstellung unerfüllbarer und rein demagogischer Forderungen die Interessen der städtischen Arbeiter und Angestellten viel besser vertreten als die angeblich kapitalistisch orientierten Sozialdemokraten, sie allein tragen die Verantwortung für die Folgen, die aus dem Scheitern des Etats für die Gemeindewirtschaft, für die soziale und kulturelle Arbeit, wie für die städtischen Arbeiter und Angestellten entstehen müssen.

Die Industriellen und Gewerbtreibenden können sich eben nicht daran gewöhnen, daß auch sie ihr Teil zur Erhaltung der öffentlichen Wirtschaft beitragen müssen. Die Antwort werden sie von den werktätigen Massen und von den durch ihre Steuersabotage aufs schwerste getroffenen Arbeitern, Beamten und Angestellten der Gemeinde zweifellos erhalten.

Neuwahlen in Mecklenburg-Strelitz

Es wird geschrieben: In Mecklenburg-Strelitz, vor der Revolution eines der reaktionärsten Ländchen des kaiserlichen Deutschlands, finden am 8. Juli zum viertenmal Wahlen seit dem Zusammenbruch der monarchistischen Herrlichkeit statt. Vor dem Kriege hatte Mecklenburg-Strelitz eine autokratische Gewalt: Die Bevölkerung war ohne Verfassung und ohne Mitbestimmungsrecht der Willkür der Junkerkaste ausgeliefert. In dem ständischen Landtag saßen die Rittergutsbesitzer und Bürgermeister, die „Untertanen" hatten nichts zu sagen, Stadt- und Landarbeiter, Angestellte und Beamte konnten ihre Forderungen nirgends vertreten. Bei der ersten Wahl zum verfassunggebenden Landtag im Dezember 1918 erhielt die Sozialdemokratische Partei die Hälfte der Abgeordnetensitze. Nachdem eine Verfassung geschaffen war, erfolgte am 30. März 1919 die Wahl zum ersten ordentlichen Landtag, der nach der Verfassung nur auf ein Jahr gewählt wurde. Dabei wurden von 48 260 abgegebenen Stimmen 23 100 Stimmen für die Sozialdemokratie, 25 160 Stimmen für die bürgerlichen Parteien abgegeben. Trotz der bürgerlichen Stimmenmehrheit erhielt infolge der Wahlkreiseinteilung die Sozialdemokratie 18, die bürgerlichen 17 Mandate. Die ungerechte Wahlkreiseinteilung wurde auf Veranlassung der sozialdemokratischen Fraktion dann geändert. Am 16. Mai 1920 wurde der zweite ordentliche Landtag auf drei Jahre gewählt. Diesmal verteilten sich die 53 476 abgegebenen Stimmen wie folgt: auf die S. P. D. entfielen 23 006 Stimmen mit 15 Mandaten, auf die U. S. P. 2257 Stimmen mit einem Mandat und auf die bürgerlichen Parteien 28 231 Stimmen mit 19 Mandaten. Während des ersten sowohl, wie während des zweiten Landtages bildete sich eine Regierungskoalition aus Sozialdemokraten und Demokraten, die je einen Minister stellten; unsre Partei zunächst den Genossen Krüger, später den Genossen von Reibnitz. Die Opposition bildeten die in der Wirtschaftlichen Vereinigung zusammengeschlossenen Deutschnationalen und Volksparteiler. Am zweiten Sonntag im Juli wird nun für das Ländchen Mecklenburg-Strelitz auf weitere vier Jahre die Entscheidung über die künftige Regierung fallen. Im Vertrauen auf die ersprießliche Arbeit, die unsre Partei seit dem Umsturz im Lande geleistet hat, schaut sie wohlgemut dem Wahltag entgegen.

Kongreß der Labour Party

London, 28. Juni. Die Konferenz der Arbeiterpartei nahm eine Resolution an, in der eine Kapitalsabgabe verlangt wird, und in der die Arbeitermitglieder des Unterhauses aufgefordert werden, daß sie, wenn eine solche Kapitalsabgabe nicht zustande kommt, im Parlament dahin wirken sollen, daß bei Abschaffung von Steuern in erster Linie die Besteuerung von Lebensmitteln aufgehoben wird.

Der Kongreß nahm sodann eine Entschließung von Ramsay Macdonald an, die erklärt, daß die letzte deutsche Note eine gesunde Diskussionsgrundlage darstelle. Ferner schlug Macdonald dem Kongreß die Entsendung eines Telegrammes an die französische Arbeiterschaft vor, worin sie aufgefordert wird, den Imperialismus und Militarismus zu bekämpfen und ihren Einfluß aufzuwenden, um die Anerkennung der Sowjet-Regierung zu erlangen. Diesem Telegramm wurde ein Zusatz des Abgeordneten Morel beigefügt, worin erklärt wird, daß die gegenwärtige Lage genau die gleiche sei, wie im Jahre 1914, nur mit dem Unterschied, daß die deutsche Drohung jetzt eine französische Drohung geworden sei und daß die Flugzeuge die Kriegsschiffe ersetzt hätten. Eine weitere Entschließung, die ebenfalls einstimmig angenommen wurde, erklärt, daß die Arbeitslosigkeit in England zum größten Teil der englischen Außenpolitik zuzuschreiben sei.

Leben • Wissen • Kunst

Festspiele in Hellerau

Die Festspiele der Hellerauer Schule nahmen am Sonnabend und Sonntag bei sehr starker Beteiligung hiesiger und auswärtiger Kunstkreise ihren Anfang. Während der Sonnabend der diesjährigen Spielfolgen stets unter dem Leitgedanken „Aus der Arbeit der Schule" steht und Gruppen und Soli schon bekannter oder vereinzelt auch neuer Art bringt, kann man an den drei vorgesehenen Sonntagen zwei größere Tanzspiele: den „Totentanz" von Bernhard Bernson und Valerie Kratina und das an andrer Stätte schon mit Erfolg gegebene: „Der holzgeschnitzte Prinz" von Bela Balaz mit der Musik Bela Bartoks erleben. Unter Leitung Ernst Ferrand-Freunds eröffnet vorher das verstärkte Philharmonische Orchester den Abend mit einer Tondichtung des russischen „Dilettanten"-Komponisten Mussorgsky: Das große Tor von Kiew, in der man auf Schritt und Tritt den „Boris"-Vertoner erkennt mit seinem Hang zur Mischung volkstümlicher, äußerst lebendig-bewegter Melodien mit kindlich-breiten fast mystisch harmonisierten Partien. Darauf teilt sich ganz langsam der Vorhang. Valerie Kratina steht in Schwarz mit rotem Schleier verhängt, als Tod mitten auf der Höhe einer Freitreppe. Unter Gongschlägen zieht an ihr „die Zeit" mit ihrer ewigen Gleichheit, ihrem ewig gleichen Inhalt — äußerst plastisch charakterisiert durch mehrere Schülerinnen — vorüber. Dann schweben, in leuchtende Farben gehüllt, „Tänzer", die besten Versinnlicher des vollen Lebens mit eigenwilliger Bewegung herein, um alsbald ohne viel Widerstand vom Allbeherrscher bezwungen zu werden. Gütig, erlösend kommt er dann dem „Beter", den „Bettlern" und „Blinden" entgegen. Mit den kraftvollen „Kämpfern" hat allerdings auch er einen „Kampf", während er mit der zuletzt erscheinenden Volksmasse schnell fertig wird. Bedingungslos neuartig, originell wirkte das Spiel mit Ausnahme der Einleitung und der Idee, die Volksmasse zu verwenden, nicht. Nicht ganz einleuchtend war es, daß die Masse mit einem Schlage eingemäht wurde (was als Bild ziemlich stark wirkte) und nach kurzer Zeit sich wieder erhob, um noch nach rechts abzugehen. Das war wohl nur nötig, weil vorn an der Bühne kein Hauptvorhang vorhanden ist, der sich nach dem Sieg des Todes hätte schnell schließen können. Störend wirkte in der „Beter"szene die ungewollte Sichtbarkeit des Gongschlägers. Zu bewundernswerter Fertigkeit haben es die Schülerinnen in der Behandlung der begleitenden Schlaginstrumente gebracht. Valerie Kratina in der Hauptrolle neigte diesmal im Gegensatz zu früher ziemlich stark zu breiter Bewegung. Der Erfolg des Werkes war trotz den genannten Einwänden beim Publikum außerordentlich groß. Das Hauptinteresse nahm dann aber „Der holzgeschnitzte Prinz" in Anspruch. Eine märchenhafte Tanzhandlung, wie man sie sich nicht besser denken kann, denn fortwährend gibt sie Anlaß zu Tanz. Man muß allerdings die Textgrundlage verfolgen, um sich in den grotesk-primitiven Bildern zurechtfinden zu können. Prächtiger Einfall, einen Wald durch Tänzerinnen zu veranschaulichen und das Wogen der Wipfel im Winde durch tänzerische Bewegung. Oder ebenso einen Bach mit seinen überstürzenden Wassern. Die Handlung selbst: Der Prinz sehnt sich nach der Prinzessin. Sie verschmäht ihn. Er sinnt auf ein Mittel, sie zu fesseln, und findet es in einem Holzspielzeug, das ihn in idealisierter Form darstellt. Das Mittel wirkt. Sie tanzt mit dem „Holzprinz", bis sie dessen Seelenlosigkeit satt hat und dem wirklichen Prinzen in die Arme sinkt. Der radikale ungarische Tonsetzer Bartok hat dazu eine Musik für ganz großes Orchester geschrieben, die an die Ohren der Hörer ziemliche Anforderungen stellt, mit ihrer reichen und komplizierten Rhythmik, ihrem fortwährenden Taktwechsel an Dirigent (Eugen Szenkar) und Orchester aber desgleichen. Wer vertikal zu hören gewöhnt ist, hat nicht den geringsten Genuß bei dieser Musik, denn er spürt meistens nur sich hart überschneidende Linien. Man muß sich vielmehr zwingen, zu gleicher Zeit mehrere Horizontallinien zu verfolgen. Recht überzeugend gibt Bartok durch Tonfarbe die sinnliche Vorstellung von Holz. Das Philharmonische Orchester hatte sich mit Eifer und Anstrengung des Werkes angenommen. Freilich ganz nach der anspruchsvollen Vorschrift des Komponisten konnte es nicht besetzt werden. In Baranowskys farbcharakteristischen Kostümen bewegten sich die Hellerauer zumeist in der vorgeschriebenen grotesken Manier und ernteten am Ende langanhaltenden Beifall und kostbare Blumen. Kr.

Theater

Opernhaus. Verdis Violetta ist ein rührsames Stück mit einer gefallsüchtigen, manchmal kitschigen Musik. Bei delikater und besonders gesanglich virtuos gerichteter Durchführung der zwei Hauptrollen, kann dieses Opernwerk jedoch recht reiz- und genußvoll wirken. Diese Voraussetzung war nun leider für die Vorstellung vom Sonnabend nicht gegeben. Weder die Vertreterin der Titelrolle — ein gastierendes Fräulein Erika Stoß — noch ihr Partner — ein Herr M. Mimsky als Gast — vermochten den in unserm Opernhause billigerweise zu stellenden Ansprüchen zu genügen. Ja, die beiden Gäste drückten so sehr auf den Verlauf des Ganzen, daß diese Violetta-Vorstellung zu einer Darbietung bedauerlichen Tiefstandes herabsank. Die Frage bleibt offen: wer zeichnete verantwortlich für das Zustandekommen der zwei Gastspiele? Gewiß, es ist leider Tatsache: das vollbesetzte Haus spendete der Vorstellung, besonders den Vertretern der beiden Hauptrollen, lebhaftesten Beifall! Aber bei der heutigen Zusammensetzung des Publikums ist das kein Gradmesser für Kunstleistungen, kein Gradmesser für die Leistungsfähigkeit eines die Gesamtheit eines Volkes interessierenden Kunstinstitutes, für das eben diese Gesamtheit nicht geringe Opfer bringt. Nur um dem Anschauungskreis der Theaterbesucher aus Reichenberg, Aussig, Teplitz und Komotau, Karlskrona und Göteborg, Krotoschin, Lodsch usw. zu genügen, dazu ist unser Operninstitut nun wirklich nicht da. Wir müssen auf alle Fälle höher hinaus! Aber auch die Landeseingesessenen, besonders jene, die man an ihren bevorzugten Plätzen erkannte, tobten dieser Violetta, diesem Alfred Beifall zu. Sie hatten ganz vergessen, daß, wenn man kein Urteil hat, es besser ist, still zu sein. P. B.

Die Dresdner Oper in Zürich. Die Aufführung der Oper Boris Godunow durch die Dresdner Staatsoper anläßlich der internationalen Züricher Festspiele hat unzweifelhaft den Höhepunkt der Festspielveranstaltung gebildet. Die Aufführung stand unter der Leitung des Generalmusikdirektors Fritz Busch. Ihm vor allem ist das Verdienst an dem Erfolg des Dresdner Gastspiels zuzuschreiben, da er es verstanden hat, das verstärkte Züricher Tonhallenorchester in kürzester Zeit mit der schwierigen Partitur vollkommen vertraut zu machen. Als Solisten traten natürlich die Dresdner Gäste Robert Burg, Helena Forti und Ludwig Ermold in den Vordergrund. Doch auch von den mitwirkenden Züricher Künstlern und von dem Züricher Lehrergesangverein, der die Chöre verstärkte, wurde Anerkennenswertes geleistet. Das begeisterte Publikum rief die deutschen Gäste immer wieder vor den Vorhang.

Vortrag

Der tanzende Sarg. Im kleinen Saale der Kaufmannschaft las Walter Schönaich „Der tanzende Sarg" und andres von Joh. Erich Gottschalch. Es waren kurze Prosastücke voll eines oft harten, eigenwilligen Rhythmus, Reflexionen über das tanzende „kreiselnde" Leben, etwa in der Ausdrucksweise der Kriegsschilderungen eines Kurt Heynicke, jedoch ohne die farbige Glut und den warmen Pulsschlag des Lebens (am besten, weil am anschaulichsten, war hier „Die Straße", eine ältere Arbeit des Verfassers). Walter Schönaich entledigte sich seiner Aufgabe nach besten Kräften und konnte am Ende für den Beifall des kleinen Zuhörerkreises danken.

Dresdner Kalender

Theater am 3. Juli. Opernhaus: Geschlossen. — Schauspielhaus: Nathan der Weise (7). Volksbühne Nr. 7186 bis 7355. Neustädter Schauspielhaus: Geschlossen. — Residenz-Theater: Madame Pompadour (7½). — Zentral-Theater: Die Frau von Korosin (7½).

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19230702/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG